

Unterrichtung
durch den Bundesrat

Zweites Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
— Drucksachen 12/1154, 12/1363, 12/1387, 12/1392, 12/1526, 12/1660 —
hier: Einspruch gemäß Artikel 77 Abs. 3 Grundgesetz

Der Bundesrat hat in seiner 637. Sitzung am 29. November 1991 mit der Mehrheit seiner Stimmen beschlossen, gegen das vom Deutschen Bundestag am 27. November 1991 verabschiedete Gesetz gemäß Artikel 77 Abs. 3 des Grundgesetzes Einspruch einzulegen.

Der Bundesrat hat ferner die aus der Anlage ersichtliche EntschlieÙung gefaÙt.

Anlage

**Entschlieung zum Zweiten Gesetz zur Änderung
des Fünften Buches Sozialgesetzbuch**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen dafür herbeizuführen, daß die von der Sozialversicherung der DDR auf die gesetzliche Krankenversicherung übergegangenen Liquidittsmittel den Krankenkassen im Beitrittsgebiet endgültig erhalten bleiben.

Begründung

Die derzeit teilweise zu verzeichnenden Liquiditätsüberschüsse sind kein realer Gradmesser für die tatsächliche Finanzsituation der Krankenkassen im Beitrittsgebiet. Es handelt sich vielmehr um eine Augenblicksaufnahme, die systembedingte Anpassungsschwierigkeiten widerspiegelt. Nach deren Überwindung ist zu erwarten, daß die Finanzentwicklung sich im 2. Halbjahr 1991 und im Jahre 1992 deutlich verschlechtern wird. Dies folgt zum einen daraus, daß viele Abrechnungen von Leistungserbringern bislang

nicht vorgelegt worden sind. Zum anderen zeichnet sich eine starke Ausgabensteigerung in verschiedenen Leistungsbereichen, z. B. bei den Arzneimitteln, ab. Weitere Kostensteigerungen sind zu erwarten, u. a. durch die leistungsverbessernden Maßnahmen, die in diesem Gesetzentwurf vorgegeben sind. Defizite sind mithin vorgezeichnet. Sie würden den Beitragssatz der Krankenkassen entscheidend vorbelasten. Die dann erforderliche Beitragssatzsteigerung würde jedoch den Strukturwandel in den neuen Bundesländern erschweren und den eingeleiteten wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Maßnahmen zuwiderlaufen. Auch die Aufbauarbeit der Krankenkassen würde erheblich beeinträchtigt.

Ein Verzicht auf die Rückzahlung der Liquiditätshilfe wird den Druck auf den Beitragssatz erheblich mildern. Zudem ist eine solche Maßnahme geeignet, dazu beizutragen, den Menschen in den neuen Bundesländern eine Zukunftsperspektive zu geben.